



Niederschrift

46. Plenarsitzung Gemeinderat
23. Januar 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

7.

Punkt 5 der Tagesordnung: Satzung über verkaufsoffene Sonntag 2018 - 2020

Vorlage: 2017/0800

dazu:

Einen verkaufsoffenen Sonntag streichen

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2018/0018

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Ortschaftsrat Durlach und dem Hauptausschuss die als Anlage 1 beigefügte Satzung über verkaufsoffene Sonntage für die Jahre 2018 bis 2020.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 27 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Änderungsantrag: Bei 14 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf, verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss und die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Wir haben – Sie haben es gesagt – zwei Dinge hier, einen Änderungsantrag und die Vorlage über verkaufsoffene Sonntage. Dieses Thema verkaufsoffene Sonntage ist immer umstritten gewesen. Ich kenne die Diskussion schon seit Anfangszeiten, als sie erstmals eingeführt wurden. Da war aus verschiedensten Gründen Gegenwind gegen verkaufsoffene Sonntage. Insbesondere gab es damals noch Diskussionen mit den christlichen Kirchen, inwieweit ein verkaufsoffener Sonntag möglich ist. Jetzt haben wir die Vorlage, der in dem Sinne auch zugestimmt wurde.

Ich gehe gleich einmal auf diesen Änderungsantrag der GRÜNEN ein, der sich mir leider nicht erschließt. Er heißt in der Überschrift, einen verkaufsoffenen Sonntag streichen. Das

wäre noch zielgerichtet. Aber der letzte Satz heißt dann: Als Kompromiss sehen wir die Reduzierung auf nur einen verkaufsoffenen Sonntag im Jahr als Schritt in die richtige Richtung an. Also, was soll es dann? Wollen Sie einen reduzieren oder wollen Sie es auf einen reduzieren? Da müsste man sich dann entscheiden, ob man zwei streichen will. Aber letztendlich: Die Vorlage der Verwaltung sieht drei Sonntage vor. Wir sind auch der Meinung, dass es nach wie vor für die Geschäftsleute sinnvoll ist, gerade jetzt auch in der Umbauphase, die noch immer nicht ausgestanden ist, dass man ihnen die Möglichkeit gibt. Wenn zu den angesprochenen Festen „Durlach blüht auf“ und „Fest der Sinne“ so viele Leute nach Karlsruhe kommen, warum soll man dann die Geschäfte geschlossen halten? Dass in dem Ergänzungsantrag angesprochen wird, dass die Beschäftigten davon betroffen sind: Mehrarbeit bedeutet es nicht, weil ein Ausgleich dafür gegeben wird. Sonntagsarbeit wird auch noch mit einem entsprechenden Ausgleich bezahlt. Meistens wird es, gerade was Durlach betrifft, bei den inhabergeführten Geschäften auch noch freiwillig sein, dass die Mitarbeiter tätig werden.

Wir können keinen Grund sehen, dass man jetzt eine Änderung gegenüber der Verwaltungsvorlage vornimmt. Die CDU-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat Pfalzgraf (SPD): Ich glaube, ich sage nichts Neues, wenn ich die Position der SPD darstelle. Sie ist nämlich unverändert in den letzten Jahren, ich möchte fast sagen, 15 Jahren. Und zwar ganz einfach deshalb, weil es berechnete Anliegen gibt, diesen Sonntagen zuzustimmen, aber auch genauso gibt es berechnete Anliegen, diese Sonntage abzulehnen. In diesem Spagat haben wir uns schon immer bewegt. Ich weiß, dass wir auch nicht die einzige Fraktion sind im Haus, die sich sehr hart mit dieser Thematik auseinandersetzt. Ich kann jetzt schon sagen, wir werden mit der gleichen Begründung, wie wir es schon immer vorgetragen haben, auch dieser Vorlage mehrheitlich – wohlgeachtet mehrheitlich – zustimmen.

Als im Jahr 2007 das Gesetz geändert wurde und es wochentags für den Einzelhandel möglich war, durchgehend zu öffnen, gab es gleichzeitig eine Gesetzesänderung dahingehend, dass man von vier Sonntagen auf drei Sonntage zurückging. Wir hatten 2013 dann die erste sehr anstrengende Diskussion, als wir darüber gesprochen haben, machen wir Zugeständnisse aufgrund der Baustellensituation Kombilösung usw. Auch da gab es sehr unterschiedliche Aussagen dahingehend, „jawohl, das wäre eine echte Begründung, den Geschäftsleuten diesbezüglich eine gewisse Kompensation zukommen zu lassen.“ Andererseits herrschte natürlich aber auch wieder die Ansicht, das kann es nicht sein, dass so ein verkaufsoffener Sonntag die Kompensation alleine wäre. Zudem gibt es auch eine gesetzliche Regelung, wo bei Nachweis die Geschäftsleute – nicht alle – auch entschädigt werden, wenn sie Nachteile, Umsatzrückgänge durch die Kombilösung nachweisen können. Unabhängig davon ist schon ein Stück weit etwas dran, auch unserer Ansicht nach, dass man den Geschäftsleuten vielleicht entgegen kommt mit diesen Sonntagen.

Wir haben auch immer gesagt, uns ist wichtig, dass die B-Zentren berücksichtigt werden, denn es wäre geradezu fatal für die B-Zentren, wenn in der Innenstadt diese Möglichkeit gegeben wäre und die B-Zentren – da steht immerhin der kleine Einzelhändler meist persönlich in seinem Geschäft und wird an diesen Sonntagen mehr repräsentativ da sein, als dass er etwas verkauft – dann noch den Nachteil hätten und hinter der Innenstadt her hinken. Das haben wir nie für gut geheißen. Deshalb haben wir den Vorlagen auch so zugestimmt. Wir werden es auch heute tun.

Was den Antrag der GRÜNEN betrifft: Den werden wir genauso mehrheitlich ablehnen. Andererseits wird es natürlich eine Minderheit bei uns in der Fraktion geben, die logischerweise und konsequenterweise diesem Antrag dann zustimmen muss. Es wird schwer verständlich sein. Wenn man aber die Vorlagen genau liest, dann wird es auch einsichtig sein. Insofern für die Verwaltungsvorlage von der SPD eine mehrheitliche Zustimmung.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Abzuwägen ist hier – es wurde schon gesagt – zwischen Interessen der Geschäfte auf der einen Seite, die sich möglichst präsentieren wollen und Kunden nicht nur an diesem Tag gewinnen, sondern auch interessant werden wollen für Tage, und auf der anderen Seite die Interessen der Beschäftigten nach einem arbeitsfreien Sonntag, den man auch mit der Familie verbringen kann. Die Geschäfte müssen sich wehren, einerseits in der Innenstadt gegenüber den Läden auf der grünen Wiese und andererseits gegenüber dem Internet-Handel. Das ist ein Pfund, das wir durchaus auch sehen. Andererseits sind die Läden inzwischen sowohl an den normalen Werktagen Montag bis Freitag, insbesondere aber am Samstag sehr viel länger geöffnet, als das früher der Fall war. Dadurch hat man als Kunde nicht mehr das Problem, dass man um 18:30 Uhr oder am Samstag um 14:00 Uhr fertig sein muss mit den Einkäufen, sondern man kann auch an den Samstagen jede Woche schon sehr viel entspannter einkaufen, als das früher einmal war. Gleichzeitig hat das für die Beschäftigten im Einzelhandel das Problem gebracht, dass die Arbeitszeit zwar nicht länger wurde, aber sie verteilt sich auf einen sehr viel längeren Zeitraum. Insbesondere die Samstagarbeitszeit hat deutlich zugenommen. Darunter leidet natürlich auch die Familie. Da meinen wir, dass der Sonntag aus diesem Grund dann ganz besonders wichtig für die Beschäftigten ist, dass er dann auch freigehalten wird.

Ver.di hat auch diesen Antrag gestellt, dass man deswegen auf einen Tag verzichten sollte. Analog zu Ver.di haben wir das jetzt auch beantragt. Nur nicht mit der Begründung, es ist aus unserer Sicht rechtlich nicht möglich. Das mussten wir gar nicht prüfen. Insofern passt die Antwort der Verwaltung auf unseren Änderungsantrag auch nicht, weil es uns gar nicht um rechtliche Dinge geht, sondern wir sagen einfach, politisch wollen keine zwei verkaufsoffenen Sonntage. Übrigens, Herr Dr. Heilgeist, es steht an vielen Stellen in der Vorlage 3, aber das sind die drei Jahre, die gemeint sind. Es sind zwei verkaufsoffene Sonntage in der Innenstadt und in Durlach geplant. Da meinen wir, einer reicht auch. Das ist eine Änderung in die richtige Richtung, dass wir nur einen verkaufsoffenen Sonntag haben, entsprechend mit geringerer Belastung für die Beschäftigten und trotzdem aber noch Vorteile für die Geschäfte. Deshalb möchten wir diese verkaufsoffenen Sonntage in Durlach zu „Durlach blüht auf“ und in der Innenstadt zum „Fest der Sinne“ aus der Vorlage streichen.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Wir hatten die letzten Jahre immer den Kompromiss, mit Ausnahme des 300jährigen Jubiläums der Stadt Karlsruhe, dass wir immer zwei verkaufsoffene Sonntage hatten, zwei in Mühlburg, zwei in der Innenstadt und zwei in Durlach. Beim Jubiläum hatten wir drei. Entsprechend, wenn man von den zwei verkaufsoffenen Sonntagen pro Jahr einen reduziert, kommt man auf einen. Ich komme mit der Rechnung auch zu recht, wie es im Antrag der GRÜNEN steht. Der Vorlage ist zu entnehmen, dass gerade auch die Gewerkschaft Ver.di sich wünscht, dass man das reduziert und nur einen verkaufsoffenen Sonntag hat. Sie verweist auch darauf, dass sie daran zweifelt, ob es rechtlich überhaupt möglich ist. Uns ist auf jeden Fall der politische Wille wichtig, dass der Sonntag ein Ruhetag ist, der auch für die Arbeitnehmer geschützt ist. Insgesamt wird meine Fraktion ein gemischtes Stimmungsbild abgeben, weil für uns teilweise die Gründe überwiegen,

dass wir den Sonntag geschützt haben wollen, teilweise überwiegt für uns, dass zwei Sonntage ein guter Kompromiss war in den letzten Jahre und das angemessen ist. Entsprechend wird dann auch bei uns, wie bei der SPD, ein Teil dem GRÜNEN-Antrag und ein Teil der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Høyem (FDP): Ganz oft diskutieren wir hier im Gemeinderat dieses Thema. Wir haben verschiedene Meinungen. Das müssen wir nicht nur akzeptieren sondern auch respektieren. Die Argumentation hat religiöse, soziale, kulturelle Hintergründe, aber auch unsere individuellen Gewohnheiten. In verschiedenen Ländern führt man vergleichbare Diskussionen. In meinem Heimatland beispielsweise hat man 2012 die Gesetze um dieses Thema ganz abgeschafft. Die Geschäfte sind geöffnet, wenn es die Kunden wünschen, 365 Tage, 24 Stunden. Die Politiker sind nicht involviert. Der Markt muss es selber regulieren. In anderen Ländern hat man sehr restriktive Regeln für Öffnungszeiten, auch restriktiver als wir in Karlsruhe.

Auch in unserer Fraktion haben wir mit guten Gründen verschiedene Auffassungen, die sich auch in unserer Abstimmung spiegeln.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir von der AfD haben in den letzten Jahren, wenn dieses Thema zur Abstimmung stand, immer dagegen gehalten. Wir werden es auch heute tun, aus folgenden Gründen:

Es entspricht nicht unserer christlichen Tradition, am Sonntag zu arbeiten. Natürlich ist es ab und zu unumgänglich. Ich selbst muss ab und zu sonntags arbeiten. In der Stromproduktion geht es nicht anders, weil am Sonntag auch Strom geliefert werden muss. Aber im Einzelhandel ist es aus unserer Sicht verzichtbar.

Der andere Grund ist, dass die Arbeitnehmer geschützt werden sollen. Gerade weil ich weiß, wie es ist, wenn man am Sonntag arbeiten muss und was es in der Familie dann bedeutet. Deshalb sind wir der Meinung, dass man die Arbeitnehmer davor schützen sollte. Deswegen sind wir dagegen, dass am Sonntag gearbeitet wird.

Allerdings werden wir heute dem Antrag der GRÜNEN zustimmen, weil wir auf diese Art und Weise hoffen, dass wir wenigstens einen Kompromiss erzielen können.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Die Linke im Gemeinderat wird die Vorlage der Stadtverwaltung ablehnen. Die Argumente, die wir immer wieder hören, sind immer die gleichen. Alle sagen, wir müssen etwas für die Geschäftsleute tun. Interessanterweise sagt kaum einer – bis auf Ver.di -, dass wir auch für die Beschäftigten etwas tun müssen. Alle wollen Rücksicht auf die Geschäftsleute nehmen.

Ein früherer Geschäftsmann der FDP und Stadtrat hatte mir einmal unter vier Augen gesagt, als es um die Ladenöffnungszeiten ging: Das macht überhaupt keinen Sinn so spät. Wir verbrauchen nur mehr Strom, müssen mehr Personal bezahlen, aber die Einnahmen sind nicht höher. Es macht nur mehr Aufwand. Aber ich muss trotzdem zustimmen, denn es gibt Fraktionszwang. – Das sage ich jetzt einfach einmal so. Genauso laufen auch diese Diskussionen. Wir wissen alle, wenn Feste in der Stadt stattfinden am Sonntag, muss keiner unbedingt Klamotten kaufen, um für das Fest gekleidet zu sein. Das hat er vorher schon getan. Wir machen das, weil wir glauben, die Gesellschaft besteht nur aus Konsum und

Einkauf. Wir würden lieber als Reaktion der Stadt sehen, Festen mit Kultur zu begegnen, die Kulturstätten aufzumachen und zwar für alle und umsonst an diesem Tag, vom Theater bis zum Zoo. Das wäre ein Kulturbeitrag, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht arbeiten.

Und, ich sage es noch einmal, es fallen immer die Worte „es kommen Gäste von außen, wir wollen für sie das Geschäft aufmachen“. Was ist denn mit den Karlsruherinnen und Karlsruhern, die in diesen Geschäften arbeiten? Sollen die nicht mitfeiern? Ist es denn auch nicht so, dass dort 90 % Frauen arbeiten, die vielleicht Kinder haben und keine Kita am Sonntag, weil wir nicht bereit sind, auch diesen Bereich auszuweiten. Es gibt so viele Widersprüche hier, die werden alle nicht berücksichtigt. Man will offen haben, weil diese Art des Einkaufs und Kommerzes einfach eine Rolle spielt. Es kann natürlich sein, dass in anderen Ländern das so gemacht wird. Ist es denn angenehmer, wenn rund um die Uhr und jeden Tag jeder nur einkauft? Ich würde lieber Arbeitszeitverkürzung sehen. Dann haben die Menschen genug Zeit einzukaufen, anstatt immer die Zeiten zu erweitern, immer mehr Sonntage.

Wir werden entsprechend ablehnen. Trotzdem finde ich es immer wieder erstaunlich, dass die Christlich Demokratische Union so unchristlich ist.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich kann im Grunde der Argumentation von Kollege Fostiropoulos folgen. Wir müssen aber gleichzeitig sehen, dass es unserer Stadt, unserem Handel wirklich schlecht geht. Die jüngsten Zahlen haben deutlich gezeigt, dass der Handel einbricht und dass die Frequentierung auch einbricht. Vom Grundsatz her bin ich absolut Ihrer Meinung. Aber dieses Mal sind wir noch einmal dafür, dass wir der Verwaltungsvorlage zustimmen. Sie können sich gleich schon vormerken, beim nächsten Mal, wenn die Kombilösung vorbei ist, werden wir eindeutig dagegen sein. Dann wird es ein konsequentes Nein geben. Nicht nur einen Tag weniger, sondern ein grundsätzliches Nein. Es gibt den Grundsatz und es gibt die Ausnahme. Jetzt sind wir bei der Ausnahme. Die ist aber 2020 zu Ende.

Stadtrat Wenzel (FW): Die Diskussion ist so gelaufen, wie ich erwartet habe. Es wird viel angeführt, warum sonntags nicht mehr gearbeitet werden soll im Einzelhandel. Es wurde auch erwähnt, dass das Internet 24 Stunden 8 Tage die Woche, wenn sie 8 Tage hätte, geöffnet hat. All das wurde angeführt. Ich werde der Vorlage zustimmen, weil ich weiß, die Einzelhändler, die es sich nicht leisten können, werden nicht öffnen. Es ist immerhin freiwillig. Ich weiß, es werden Einzelhändler öffnen, weil sie zusätzlichen Einnahmen brauchen. Ich bin mir sicher, der Markt, wie Kollege Høyem sagte, wird es schon regeln.

Auch ich muss leider viel zu oft sonntags, montags, dienstags, mittwochs, donnerstags, freitags und samstags arbeiten, da ich eine große Familie zu ernähren habe. Es ist das Christliche angeführt. Sind wir denn noch so christlich? Das ist auch die Frage. Die Gesellschaft, unser Land verändert sich. Ich habe Verständnis für alle, die sagen, der Ruhetag ist notwendig. Früher war es bei den Friseuren der Montag, weil samstags gearbeitet wurde. Heute arbeiten die leider auch 6 Tage die Woche. Der Markt wird es regeln. Der Einzelhandel braucht es. Er schreit danach. Wenn wir heute bestimmen würden, überhaupt keinen verkaufsoffenen Sonntag mehr, dann würde ich mich dem auch anschließen. Dann ist die Regelung klar und deutlich. Deshalb werde ich auch den halben Kompromiss der GRÜNEN ablehnen.

Der Vorsitzende: Mir ist noch einmal ganz wichtig festzuhalten, dass diese Ambivalenz, die es gibt bei diesem Thema, schon durch die Landesgesetzgebung sehr stark reglementiert wird. Die Landesgesetzgebung schützt schon einmal 49 Sonntage davor, dass man hier verkaufsoffen hält. Ich glaube, das ist schon einmal ein sehr guter Rahmen. Es ist ein über Jahrzehnte bestehendes gesellschaftliches Agreement, dass die Möglichkeit gegeben ist, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter etwa für die Kinderbetreuung an dem Sonntag keine Chance haben, auf etwas zurückzugreifen, weil es sich nur um zwei oder drei Sonntage im Jahr handelt, eher auf andere Mitarbeiter abzuheben - ich kenne viele Geschäftsleute, die sagen, an diesen Sonntagen arbeiten nur diejenigen, die sich auch dazu bereit erklären -, um das dann auch aufzufangen, so dass ich diese Ängste, die zum Teil bestehen, für überwindbar halte.

Nun hat sich die Gesetzgebung aber noch ein bisschen weiter verschärft. Es ist nicht mehr so – dem möchte ich auch deutlich widersprechen -, dass wir die verkaufsoffenen Sonntage bräuchten, damit sich jemand Kleider kaufen kann oder weil er unter der Woche nicht dazu kommt. Diese Zeiten sind jetzt endgültig vorbei mit einer Gesetzgebung, die ganz klar sagt, wir dürfen am Sonntag nur noch öffnen, wenn der Hauptanlass der Attraktion in der Innenstadt oder in den entsprechenden Zentren eine andere Festivität ist. Deswegen schlagen wir weiter die zwei offenen Sonntage vor, nicht die drei, die uns theoretisch möglich wären. Es ist in der Tat so, dass viele Bürgerinnen und Bürger wenig Verständnis haben, wenn man dann an einem solchen Sonntag wegen eines Festes in eine Stadt kommt und dann nicht auch die Chance hat, in dem direkt daneben liegenden Geschäft vielleicht auch noch einzukaufen. Zumal wir diese Feste so organisieren, dass wir sehr stark den Einzelhandel mit einbeziehen in diese Feste, d. h., es sind gemeinsame Feste mit dem Einzelhandel.

Herr Stadtrat Fostiropoulos, wenn wir jetzt statt dieser Einzelhandelskooperation eine Kulturkooperation eingehen, dann müssten Sie mit derselben Vehemenz das auch sonntags ablehnen, weil sonst die Kulturschaffenden am Sonntag – auch viele Frauen – bei einem solchen Kultursonntag arbeiten müssten. Das wollten Sie dann auch nicht. Insofern schlagen wir Ihnen in unsere Tradition einen guten Kompromiss vor. Ich kann nur darum werben, dass wir diese Linie fortsetzen, zumal mit großem Aufwand diese beiden Stadtfeste, das Stadtfest oder auch das Fest der Sinne, wie auch in den Stadtteilen, vor allem durch den dortigen Einzelhandel, diese Festivitäten veranstaltet werden. Das kostet auch durchaus zusätzlichen Aufwand und zusätzliches Geld. Man würde nicht alle Möglichkeiten nutzen, dann auch die Kundinnen und Kunden aller Art anzusprechen. Das wäre dann auch von der Außenwirkung ein Stück weit eine vertane Chance. In der Abwägung, 50 Sonntage bleiben frei, zwei Sonntage wird das Ganze dann geöffnet, ist das eine sehr vernünftige Balance.

Ich möchte mich an der Stelle auch bei den ganzen Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern für die Unterstützung an diesen Wochenenden ganz herzlich bedanken. Ich glaube, dass das auch eine große Stärke ist, dass wir das hier jeweils immer gemeinsam auch so nach außen darstellen. Der Erfolg gibt auch Recht. Ich möchte mich aber auch bedanken, dass man bei den sonstigen Öffnungsmöglichkeiten nicht alles ausreizt. Ich kann mich noch an Diskussionen erinnern, als es möglich war, bis 22:00 Uhr oder 24:00 Uhr jeden Tag zu öffnen. Was wir da auch schon für Ängste hatten, wie sich das denn entwickelt, und wie vor allem auch die inhaberbetriebenen kleineren Geschäfte dabei auf der Strecke bleiben. Auch hier hat sich eine ganz gute Balance herauskristallisiert. Die meisten Geschäfte nut-

zen diesen Spielraum nicht aus. Deswegen ist es eigentlich auch nach 19:00 Uhr, nach 20:00 Uhr, nach 22:00 Uhr jeweils an unterschiedlichen Tagen auch völlig unattraktiv noch in die Stadt zum Einkaufen zu gehen. Damit hat man auch nicht den ganzen Rahmen ausgeschöpft und hat auch zu einer guten Balance gefunden.

Jetzt kommen wir in die Abstimmungsprozedur. Ich fange an mit dem Änderungsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion. Wir haben es mittlerweile auch geklärt, wie der zu verstehen ist. Jetzt bitte ich um das Votum über den Änderungsantrag der GRÜNEN. – Damit ist der Änderungsantrag der GRÜNEN abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur unveränderten Beschlussvorlage der Verwaltung. – Das ist ein deutlich mehrheitliches Votum für die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
31. Januar 2018